

Nebräer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklametitel 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Aetern.

Nr 12

Sonnabend, den 26. Januar 1929

42. Jahrgang

Politischer Wochenpiegel.

Parlamentsbeginn. — Auseinandersetzung über das Steuerbudget. — Keine Erhöhung der Umsatzsteuer. — Freizügigkeit der Bayerischen Volkspartei. — Koalitionsverhandlungen. — Die Sachverständigen ernannt. — Das Chaos in Afghanistan.

Die verfloßene Woche erhielt ihr Gepräge durch die Vorbereitungen zum Wiederzusammentritt des Reichstags, der nacheinander auf 24. seine Arbeiten wieder aufgenommen hat. Diese Arbeiten werden selbst ihrerseits wiederum zunächst völlig im Zeichen der Etatsausprache stehen, die sich im Anschluß an die Befragung des Reichshaushaltskommissionarvorschlags durch den Finanzminister Hilsberg entwickeln wird. Die besondere Art, in der dieser Voranschlag angepaßt ist, in dem das Rahmnetz zu erwarten scheint, daß die Lösungen für die Schwierigkeiten sich erst aus dem Schoße des Plenums heraus ergeben werden, läßt natürlich den Parteien einen großen Teil nicht nur der wirklich spürbaren Überforderung zur Behebung der Schwierigkeiten, sondern vor allen Dingen auch der Verantwortung.

Es ist bekannt, daß der Finanzminister ein ursprüngliches Defizit von 850 Millionen zu bewältigen hatte, das dann auf etwa 650 Millionen zusammengekommen ist, und daß er einen großen Teil der aufzubringenden Gelder neuen Steuern oder der Erhöhung bestehender Steuern entnehmen will, wenigstens die Hälfte auf der Ausgabe Seite nicht ganz fehlen, obwohl sie natürlich, insofern angesichts der vorliegenden Verhältnisse als auch besonders gegenüber den Forderungen der Allgemeinheit, viel zu geringfügig sind.

Welche der vorgeschlagenen neuen Steuern nun endgültig Tatsache werden dürften, steht noch in feiner Weise fest. Es kann nur bisher konstatiert werden, daß sich je ziemlich bei allen Parteien des Reichstags Widerpruch dagegen erhoben hat, daß die vorgeschlagene Erhöhung der Biersteuer durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer, die von gewisser Seite angeregt worden war, ersetzt werde. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer wird recht allgemein als vollkommen undiskutabel angesehen. Damit ist allerdings noch nicht gesagt, daß nur die Biersteuer in ihrer erhöhten Form in Betracht kommen wird. Ganz im Gegenteil ist im Anschluß an diesen Punkt des Haushaltsvoranschlags eine sehr unerwartete Klärung der Bayerischen Volkspartei aufgetaucht, obwohl diese sich bei früherer Gelegenheit mit der Eventualität einer Erhöhung der Biersteuer schon einmal einverstanden erklärt hatte.

Die große Befürchtung, die man fast allseits im Reichstagslager hegt, ist die, daß ein großer Teil der vorgesehenen Steuern, so auch die Biersteuer, sich im Grunde genommen doch wieder auf dem Rücken der breiten Masse abladen werden, so daß die unerträgliche Belastung des jeweils schon schwer leidenden und übermäßig forderungsgehegen Mittelstandes und der Kleinverdienenden Formen annehmen müßte, die als völlig unzulässig bezeichnet werden müßten.

Wenn es vorläufig abgesehen von einzelnen negativen Punkten, zwischen den Parteien des Reichstags bezüglich der kommenden Steuerberatung und der Ausgestaltung des bisher alles andere als angenehm duftenden Steuerbudgets noch keine Einigkeit besteht, so hat man trotzdem es nicht verabsäumt, die Unterhaltung über die große Koalition wieder aufzunehmen. Die Meldungen, wonach diese Verhandlungen endgültig aufgegeben worden seien, haben demnach nicht den Tatsachen entsprochen. Vielmehr ist die Kühlungnahme des Reichstagsleiters mit den Parteien unmittelbar bei Wiederzusammentritt des Parlaments, wenigstens in loser Form, wieder aufgenommen worden. Man kann nicht gerade behaupten, daß die Aussichten für die große Koalition besonders günstig wären, bevor nicht über die Etatsfragen wenigstens in großen Zügen, eine grundsätzliche Einigung hergestellt ist. Denn es wäre kein qualitativer Zustand, daß Parteien, die sich eben erst unter Schwierigkeiten zu einer parlamentarischen Koalition zusammengefunden haben, bei dem wichtigsten Teil der Reichstagsarbeit, nämlich der Etatsberatung, sofort wieder auseinanderfallen.

Auch in Preußen sind im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme der Plenararbeiten des Preussischen Landtags die Etatsände in schärferer Form wieder aufgetreten. Es werden sehr starke Zweifel daran geäußert, daß es möglich sein wird, wie beabsichtigt, die Durchberatung des Etats bis zum 31. März zu beenden. Sollte dies nicht möglich sein, so wäre mit der nicht beobachteten Erfüllung der Vorana eines

Notetats zu rechnen, und die nicht erledigten Etats — unter denen sich voraussichtlich der Kultusetat befinden wird — würden dann förmlich zur Vereinerung kommen.

Auf dem Felde der auswärtigen Politik wartet man nacheinander auf den Zusammentritt der Sachverständigen-Konferenz, deren Mitglieder ernannt sind und ihre Kommittees angenommen haben, darunter auch Owen Young und Pierpont Morgan. Aber den Vorschlag der Beratungen führen wird, ist noch nicht gefaßt. Jedemfalls träumt man sich in Amerika mehr denn je davon, daß Owen Young mit dieser verantwortungsvollen Aufgabe betraut werde, da man den Eindruck — sollte es, was es wolle — vermeiden möchte, daß Amerika bei den bevorstehenden Beratungen eine Sonderrolle spielt.

Die Ereignisse im fernem Osten, die mit dem Sturz Amanullah im Anfang einer neuen Epoche und gleichzeitig dem Abbruch des ersten afghanischen Aufstandes brachten, haben sich weiter verwirrt. Es scheint, daß das ganze Afghanistan, das durch die Weile seines verfloßenen Herrschers in besonderer Weise in den Mittelpunkt der europäischen Aufmerksamkeit geföhrt war, nacheinander in zwei Teile zerfallen, zum Teilwärtigen und zum Teilwärtigen. In neuen Kämpfen entgegengehebt. Die englische und türkische Politik treffen dort zum Austrag des ganzen asiatischen Problems unter besonderen Umständen aufeinander. Bei der Bedeutung, die der englisch-türkische Gegensatz für die Außenpolitik der kommenden Epoche haben wird, wird es gut sein, die Entwicklung der Dinge mit Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Die Koalitions-Verhandlungen.

Vorerst nur „unverbindlich“.

— Berlin, 25. Januar.

Nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags haben sich die Erörterungen der Koalitionsfrage eine höhere Bedeutung gewonnen. Der Reichskanzler hatte im Laufe des Donnerstags abend verschiedene Besprechungen mit einigen Fraktionsführern, denen aber nur eine unverbindliche Bedeutung zukam, da man erst den Ausgang der Sitzung der Zentrumskonferenz abwarten will, die heute stattfindet und in der der Fraktionsvorsitzende gewählt werden soll.

Gestern tagten die Fraktionen der Demokraten und der Deutschen Volkspartei, die sich hauptsächlich mit den neuen Steuerentwürfen beschäftigten. In der offiziellen Mitteilung, die die Demokraten über ihre Sitzung veröffentlichten, wird die Wichtigkeit von Koalitionsverhandlungen betont. Ferner wird Wert auf eine Zusammenarbeit der Mehrheitsparteien gelegt. Die Deutsche Volkspartei befragte sich, wie man erfährt, u. a. besonders mit der Vertretung des Mittelstandes. In parlamentarischen Kreisen glaubt man nicht mehr, daß die Koalition für ein Rahmnetz für das Budget werden könne, wenn man auch nicht verheißt, daß die Biersteuerfrage außer Schwierigkeit zu lösen sein wird.

Reichstagsarbeit begonnen.

Einsetzung des kommunalpolitischen Ausschusses. — Dr. Hilsberg über die Warteinsbeamten.

— Berlin, 25. Januar.

Der Reichstag nahm gestern nachmittag um drei Uhr seine durch die Weihnachtspause unterbrochene Arbeit wieder auf. Reichspräsident Ebert begrüßte die Abgeordneten zur ersten Sitzung im neuen Jahre.

Zunächst wurde der Einsetzung eines kommunalpolitischen Ausschusses des Reichstages zugestimmt. Nachdem man einer sofortigen Beprechung verschiedener kommunalpolitischer Interpellationen widerprochen hatte, begann man die Beratung des Gesetzentwurfes über die Wenderung der Rechtsverhältnisse der Warteinsbeamten. Reichsfinanzminister Dr. Hilsberg, dessen Rede zum ersten Male durch die neue Aufspracheranlage verfaßt wurde, begründete die Vorlage. Er wies darauf hin, daß die Frage der Warteinsbeamten überhaupt erst in der Nachkriegszeit entstanden sei. Ingesamt rechnet man gegenwärtig mit

rund 38 000 Reichsbeamten im Wartestand.

Ausgangspunkt für den Entwurf ist, daß dem Interesse des Reiches und der Warteinsbeamten am besten gedient werde, wenn die Warteinsbeamten in möglichst großem Maße wieder zum Dienst herangezogen werden. Der Entwurf wolle dies nach Möglichkeit erleichtern. Allerdings sei das nicht möglich gewesen ohne einen

Eingriff in die wohlverworbenen Rechte der Beamten, da sich ein Teil der Warteinsbeamten der Wiedereinstellung im Reichsdienst entziele. Der Entwurf erstreckt

daneben eine Verringerung der Zahl der Warteinsbeamten. Der Weg einer allgemeinen Zusammenziehung ist nicht befristet. Es sollen zunächst die älteren Warteinsbeamten und diejenigen, die eine Wiedereinstellung im Dienst nicht anstreben, durch gewisse Vergünstigungen veranlaßt werden, sich freiwillig pensionieren zu lassen. Außerdem ist für Warteinsbeamten eine Altersgrenze beim 60. Lebensjahre vorzulegen. Die Warteinsbeamten, die nicht im Reichs- oder Landesdienst verbracht worden ist, soll zur Hälfte angerechnet werden. Die volle Anrechnung ist aus finanziellen Gründen nicht möglich.

Nach kurzer Debatte wurde die Vorlage dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Das Haus vertagte sich auf Freitag 2 Uhr. Steuerereinstellungs- und Steuererleichterungsgesetz.

Der „Ehor“ auf der Tribüne.

Ein kommunalpolitischer Antrag, Anträge zur Erwerbslosenfürsorge auf die Tagesordnung der Freitagssitzung zu legen, wurde abgelehnt. Darauf erhoben sich an den Publikationstribünen zahlreiche Arbeitslose, die dort verteilt waren, und schrien im Ehor, begleitet von dem Bezirksleiter der kommunalpolitischen Abgeordneten im Saal: „Wir Arbeitslosen fordern Arbeit und Brot!“

Wer übernimmt den Vorkiss?

America gegen die Wahl Youngs. — Württembergische Partei.

— Paris, 23. Januar.

Brind stellte im Verlaufe seiner Unterhaltung mit den französischen Delegierten für den Sachverständigen-Ausschuß fest, daß er mit der französischen Abordnung ganz übereinstimme, die mit dem Vertrauen der Regierung in den Ausschluß einträte. In amerikanischen amtlichen Kreisen macht sich ein gewisser Widerstand gegen die Absicht der europäischen Sachverständigen bemerkbar, Young den Vorkiss im Ausschusse anzutragen, da man in Amerika meint, die öffentliche Meinung in Europa könnte dadurch zur Überzeugung gelangen, daß die Vereinigten Staaten eine besondere Verantwortung übernehmen.

Barter Gilberts kehrt am Freitag an Bord der „Paris“ nach Europa zurück und wird voraussichtlich der Reparationskommission Bericht erstatten und sich mit den französischen Mitgliedern des Sachverständigen-Ausschusses über die Möglichkeit der Kommerzialisierung der deutschen Schuld unterhalten.

Der französische Ministerpräsident, der mehrere Male den Standpunkt der französischen Regierung hinsichtlich der deutschen Schuld festgelegt hat, daß Frankreich keine Regelung annehme, die nicht seine eigenen Schulden an Amerika und England decke und die nicht eine Spanne für den Zinsen- und Moratoriumsindienst der französischen Wiederaufbau-Anteile lasse, hat sich nach einer Meldung des „Ehor“ amtlich zur Kommerzialisierung der deutschen Schuld nicht geäußert.

Aber es ist klar, so schreibt das Blatt, daß eine Kommerzialisierung von selbst komme, wenn man einen neuen Betrag der deutschen Schuld festsetze, der eine Ermäßigung um zwei Drittel der Ziffer bedeute, die durch den Zahlungsbetrag von London bestimmt geworden sei. Die Kommerzialisierung der Schuld, die den Kredit des Reiches vergrößere, ist die einzige wertvolle Garantie, die die Vereinigten Staaten und die Bestimmungen des Dawes-Planes ergeben könne.

Senator Borah für Rheinlanddrängung.

„Ein unbedingt notwendiger Schritt.“

— Hamburg, 25. Januar.

Das „Hamburger Fremdenblatt“ veröffentlicht in seiner heutigen Ausgabe eine Unterredung eines New Yorker Vertreters mit Senator Borah. Senator Borah befragte darin die sofortige Räumung des Rheinlandes als einen für die Besserung der Verhältnisse in Europa unbedingt notwendigen Schritt.

Deutschland, so führte Borah u. a. aus, sei Mitglied des Völkerbundes und Signatarmacht des Locarnopaktes. Deutschland habe den Kellogg-Verbandspakt gegen den Krieg unterzeichnet und die Abgerühre. Das deutsche Volk möchte in Frieden zu leben. Die Belastung durch die Rheinlandbesetzung mache es für Deutschland nur noch schwieriger, die Reparationslast abzutragen, und schwere daher für die Gläubigerationen die Realisierung ihrer Forderungen. Es liege im Interesse aller Nationen, daß diese Bürde, dieses Uebelwille aus den Kriegstagen hinter uns gelassen werde. Nichts würde in den Vereinigten Staaten eine glücklichere Wirkung auf die Besamtlage ausüben als die Lösung dieser Frage.

Die Ausweisung deutscher Ingenieure.

Der Antrag vom schließlichen Sejm nach Warschau überwiesen.

— Kattowitz, 23. Januar.

Nach dreitägigen harten Auseinandersetzungen ist im schließlichen Sejm der von der Regierung eingebrachte Dringlichkeitsantrag, der die Feststellung der Zahl der reichsdeutschen Ingenieure und Direktoren in

Strolcheu. (Ueberfahrere Eisenbahnstrolcheu.) Nach einigermaßen allmählich verlief ein Autounfall Donnerstag vormittags. Das Viererort der Hüttenvermattungsgesellschaft aus Halle kam die Zieglerstraße über herab, als die Straße wegen Manglerens des Überweges gesperrt war. Der Führer konnte das Auto auf der vorderen Straße nicht mehr schräg zum Gatten bringen, der schwere Wagen rief die obere Schwarte mit hinweg und kam erst auf dem Bahnpforter zum Stehen. Währenddessen befand sich die rangierende Maschine nicht in der Gefahrzone, fobafogebenes Unfälle nicht entfiel. Mit leichten Beschädigungen konnte der Wagen die Fahrt fortsetzen.

Hannover. Verjährungsfrist. Ein etwa 25jähriger junger Mann hat hier eine Anzahl Unfallschäden aufgebracht und angegeben, er sei von einer Zeitschrift, die für ihre Bezieher eine Versicherung eingekauft habe, beantragt, in jedem Falle acht Mark im Voraus einzubehalten. Er bezeichnete sich als Versicherungsnehmer. Der Verlag der Zeitschrift weiß aber nichts von der Tätigkeit des Unbekannten. Wie oft diefen der Schäden bei geschickt ist, muß noch festgestellt werden.

Genau. Ein scharfer Schwärzer hat. Ein hiesiger Kaufmann hat in einem jungen Mädchen eine Autodivise, die leer vor einem Sofa stand. In der Dienburger Straße fuhr er gegen einen Mann der Straßbahn. Das Mädchen wurde durch den Zusammenstoß so schwer verletzt, daß es in die Klinik gebracht werden mußte. Der Wagen wurde vollständig zerstört.

Merseburg. Verhaftete Gummikügeln. Ein frecher Diebstahl wurde in einem Geschäft der Ob. Breitenstraße durch die Gummikügeln der Gattin des Geschäftsinhabers ermöglicht. Einem beteiligten Mann hatte sie kurz vor dem Geschäft eine Kleinigkeit gegeben und ging dann wieder in die hinter dem Laden befindliche Stube, ohne sich Überzeugen zu haben, daß der Betrüger auch den Laden verlassen hatte. Viele Kleinigkeiten hatte der Mann bemerkt, war wieder zurückgekehrt und vergiff sich an der Ladenkasse, wobei er aber von dem Geschäftsinhaber beobachtet wurde. Es hier jedoch in den Laden eilen konnte, war der Dieb schon aus der Tür und konnte nicht mehr erwischt werden.

Halle a. d. S. Gasvergiftung. In einem Hause der Gellstraße hatte sich eine Frau warmes Wasser auf dem Waschtisch in ein Fußbad hergerichtet und war während des Bades eingeschlafen. Am nächsten Morgen fand sie ihr Water bewußtlos auf. Giftig wurde ein Arzt herbeigeholt, der feststellte, daß die Frau noch lebte, und sie in die Klinik bringen ließ. Weder gelang es nicht mehr, sie zu retten. Sie starb an den Folgen der Gasvergiftung.

Biederstei. Der Kuchel. Unvorsichtiger Kuchel schloß. Der Kuchel der Köchin betrat mit geladener Wemehr die Goswitzerstraße von Schloße. Durch Unvorsichtigkeit ging ein Schuß los und traf den einzigen Sohn des Hausherrn in die Brust. Der erst 21jährige junge Mann war auf der Stelle tot.

Beipitz. Schmeltendiebstahl. Bei einem Juwelier auf dem Breiten Weg erlitten ein Mädchen, um einen Brillantring zu kaufen. In einem unbewachten Augenblick hatte das Mädchen drei wertvolle Ringe, und zwar einen goldenen Ring mit großem Brillant, Wert 400 Mk., einen goldenen Ring mit großem Rubin, in der Mitte des Rubins ein Brillant, einen goldenen Ring, 14 Karat, Platinfront mit Brillant und sechs kleinen Steinen. Das Mädchen, das aus Werra bei Schloße stammen will, befiel unangenehm hier eine Gemaltin.

Bretter. Von einer Kuh angefallen. Von einer wildgemoordenen Kuh wurde der Grundbesitzer W. K. zu Boden gerissen und in den Hörnern bearbeitet. Die ersten Verletzungen waren so schwer, daß seine Überlieferung in Schmeldecker Krankenhaus erforderlich war.

Halle a. S. Schwere bekräftigte Verhaftung. Einen 14jährigen Biertrinker, der als trünkeftiger Mann galt, wollten seine Zuhörerinnen in eine Lage bringen, die ihn seines „Ruhmes“ entkleiden sollte. Beim Wildspiel stellten sie ihm deshalb hintereinander fünf Croggläser voll Schnaps hin. Der Biertrinker trank eins nach dem andern

aus. Aber bald stellten sich Beschwerden ein, und schließlich brach er zusammen. Um 6 Uhr früh war er eine Leiche. Die Polizei hat sich der Angelegenheit angenommen.

Eisenach. Ausgrabungen bei der Wartburg. Der Burgwart, Schriftleiter Rebe, berichtet jetzt über seine Ausgrabungen auf dem südlich der Wartburg gelegenen Hügel, der sogenannten Eisenach Burg. Bisher waren nur ein in den Felsen gestochener Baum und fünf Vertiefungen im Felsen nachgewiesen, in denen fünf Holzstücke gefunden haben, die zu Wehrzwecken dienen. Bei den Ausgrabungen fand man nun in einer Tiefe von einem Meter Kauden und Bruchsteine, die zwar regellos durcheinander geworfen waren, aber noch genau die Stärke des alten Bergfriedes erkennen lassen. In noch größerer Tiefe wurden Knochenreste von Tieren, Tongeschben, Bruchsteine, Dachziegel splitter usw. gefunden, auch zwei sogenannte Kammernsteine des Jolgeralters fanden sich vor. Damit beschäftigt sich, was die Chroniken des 18. Jahrhunderts bezeugen haben, daß in der Mitte des Berges ein kleinerer Turm gestanden habe. Die Stelle sind aber im Laufe der Zeit verschleppt worden.

Wettin (Saalekreis). Auf dem Gitter aufspielt. Im benachbarten Gitter spielen mehrere Knaben auf der Straße. Dabei fuhr der Ball in den Garten eines Grundstücks. Der Schüler Otto Richter wollte den Ball wiederholen und überließ das zwei Meter hohe Eisengitter. Dabei stieß er ab; eine Saunipflanze ihm tief in die linke Brustseite. Nach einigen Stunden erlag der Knabe seinen schweren Verletzungen.

Gotha. Aus dem Gerichtssaal entwichen. Die Große Strafammer hatte gegen den erhablich vord. bekräftigten Glasbläser und Kaufmann A. Bartholomäus, 21 Jahre alt, der sich wegen schwerer Urkundenfälschung in Festschloß mit Bezug zu verantworten hatte, zu verhandeln. Er hatte Absicht gefaßt. Die Verhandlung erfolgte dadurch eine Unterbrechung, daß der Angekl. während der Urteilsberatung unter Mithilfe eines Mannes verschwand. Es war während der Verhandlung zur Sprache gekommen, daß gegen ihn ein Haftbefehl vorliege, der sofort aufrecht werden sollte. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis. Außerdem wurde sofort ein Haftbefehl erlassen.

Hierode. Das nackte Leben gerettet. Nachts brach durch Kurzschluß in dem Hause des Arbeiters K. auf der Reichstraße Feuer aus. Die Hausbewohner begannen eine kleine Familienfeier, als plötzlich das Licht verlöschte. In der Begriff, aus dem Nebenzimmer eine Petroleumlampe zu holen, schlug der Frau des K. das Licht aus. Gegen die im Ru. bei Holzverfeuerung versehenen und mit Dappap. bedeckten Fachwerkbau ergriffen und ihn binnen kurzer Zeit in Uge liegend. Die Hausbewohner konnten sich unter Mithilfe weniger Gegenstände durch ein Fenster ins Freie retten.

Wittenberg. Autounfall. Der mit drei Personen besetzte Kraftwagen des Uhrmachers Götte fuhr auf der Straße nach Dölschbaba inolge der Glätte der Straße gegen einen Baum. Ein Gießeimeister aus Dölschbaba wurde so heftig auf die Straße geschleudert, daß er an den schweren Verletzungen, die er erlitt, auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb. Die anderen Personen kamen mit leichten Verletzungen davon.

70. Geburtstag Wilhelm II.

Am Sonntag, den 27. Januar begeht der frühere deutsche Kaiser in Doorn seinen 70. Geburtstag. Die Persönlichkeit des letzten deutschen Kaisers ist unstrittig; auch heute noch, obwohl Wilhelm II. bereits 10 Jahre in der Verbannung zugebracht hat. Es gibt selbst unter den ehemaligen Verehrern des früheren Kaisers Leute, die sein Schwanken gerade in den Tagen der Entscheidung verurteilen; wohl aber auch all seine Gegner nach Weisheitsreden gegen Wilhelm II. gehört haben, eine unerhörte Handlung konnte ihm bisher nicht nachgewiesen werden. Und trotzdem darf dieser Mann, der bei Waterland mit der ganzen Welt seines Herzens lieb, auch heute deutschen Boden nicht betreten, obwohl es bereits als

festliegend gilt, daß er seinerseits einer deutschen Regierung keinerlei Schwierigkeiten bereiten würde.



In Doorn herrscht anläßlich des 70. Geburtstages der Kaiserin Viktoria lebhaftes Treiben. Unter Billigung der Fotografen und dem Schutztrupp der Pressephotographen. Im Hintergrund das Empfangsgebäude des Hauses Doorn.

Briefkasten.
Berechtere Leferin. Nicht, wie Sie meinen, „bedauern“ wollten wir unsere geliebten Leser mit der Nachricht von der vorzeitigen Gratulation in Haus Doorn. Auch uns ist noch recht gut in Erinnerung, daß der Geburtstag des letzten deutschen Kaisers am 27. Januar gefeiert wurde. Man wird aber diesmal der ehemalige Kaiser 70 Jahre alt, eine solche Begebenheit wird seine Schichten voraus, und da am Geburtstage selbst die gefamte Hofdamenfamilie in Doorn vermerkt sein wird, haben einige Deputierten bereits vorher ihre Gratulationen überbracht. So wie vorher, werden gewiß auch lange nach 27. Januar Gratulanten in Doorn vorkommen, denn in Wirklichkeit ist dies Ereignis ein Jubiläumstag, nicht nur ein Jubiläumstag.

Mitteilungsverständnis für jedermann. Wie oft hat man von Konterfeiungen und anderen Mitteilungsverständnissen die bewundernde Meinung: „Der Mensch wäre ein viel höherer, wenn ich nicht, was der Korpus mit der Overtüre, Symphonie oder der Sonate zum Ausdruck bringen müßte. Was ist eine Sage, ein Motiv, welches sind die Hauptformen der Ereignisse, was ist ein Mitteilungsverständnis und Was ist ein Deutliches. Einzig und Vereitert. Die Instrumente und ihr Klangarten. Was ist nachher nicht die Musik auf dem Gemütsleben? Mitteilungsverständnis ist kein Vorrecht solcher Musikanten, die in der Jugend Musikantentriebe gelitten haben. Daher beantwortet der Mitteilungsverständnis Konterfeiungen und Walzer Müllers hundert der eben angeführten Fragen in leicht fasslicher und sehr unterhaltender Form, ohne irgendwelche Kenntnisse beim Leser vorauszusetzen, in dem jedoch erlernten Buch „Mitteilungsverständnis für jedermann“. Dieses treffliche, in seiner Zeit bisher einzig dastehende Werk sollte jeder, der zu wahren Mitteilungsverständnis gelangen will, besitzen. Es stellt ein selten wertvolles Werk für jeden dar und kostet mit Verbindungen bei recht geschmackvoller Ausstattung doch nur 1.50 Mark, gebunden 2.00 Mark. Mitteilungsverständnis für jedermann“ ersehen im Verlage Wilhelm Müller, Dramenburg, (Hofstraße 20) Berlin 3161. Da beziehen durch die Buchhandlung Wilh. Sauer.

Kirchliche Nachrichten

Septagezimel, Sonntag, den 27. Januar 1929.
10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst im Gemeindeaal.
12 Uhr Abendgottesdienst für die ältere Abteilung im Gemeindeaal
2 Uhr Abendgottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindeaal.
Mitwoch abend 8 Uhr Bibelstudium im Gemeindeaal (Apofelgottesdienst Kap. 27).
Freitag, abend 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindeaal.
Beerdiel am 25. 1. der Schöpfer Friedrich Weise im Alter von 83 Jahren.

Gohr der Herr

Roman von Arno Franz

URHEBERRECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDHAU SA.

Natürlich vernünftig, hatte Grete gedacht. Sehr vernünftig ist das. Hier geschieht ja alles nur mit Vernunft. Das Herz wird ausgeklammert. Ganz bestimmt wird es nicht gefragt. Es hat nichts zu sagen. Es tritt in der Brust und pumpt das Blut durch den Körper.
„Was! Schluß!“
Und Erich Wetter war gekommen. Nicht schüchtern! Strahlend und siegesfroh!
Und hatte von Liebe zu sprechen begonnen.
Grete hatte ihn aber so loderbar angehört, daß er mitten im Satz den Mund geschlossen hatte. So betroffen war er gewesen.
„Liebe? Liebe?“ Wer spricht denn von Liebe?“ hatte Grete erwidert. „Wir heiraten. Das ist alles. Du bekommst hundertfünfzig Morgen Land und was sonst noch dazu gehört. Weiter nichts!“
„Und dich?“
„Und mich? Am ja. Natürlich! Das aber ist nicht der Rede wert. Besprich dich mit Vater und beselle das Aufgebot.“
„Und wenn ich dich zu hochzeit bitten?“
Einen Moment nur hatte Grete linnend gestanden, dann hatte sie erwidert:
„Wüßter Claus Kaden niemand!“
„Niemand!“ Aber —
„Gar nicht aber! Noch bin ich nicht verheiratet, noch habe ich meinen Willen, noch kann ich bestimmen. Es wird wie ich es will oder es wird gar nicht!“
Erich Wetter hatte sich behauert und die Schultern geben und sich wiederfruchtlos belächeln können.
Und dann hatte sie hochzeit gehalten. Die hatte einer Beidenfeier nicht unähnlich gelehrt.
Nach dem Gottesdienst sollte die Trauung sein, hatte Grete bestimmt, mit sie gehalten hatte, da mit ihrem Bräutigam, dem Pastor, den beiden Jungen, Claus und ihrem Herzleid allein sein zu können.
Aber als der Gottesdienst vorbei gewesen war, war jeder von Bräutigam nach Hause gegangen. Diese Trauung hatten

alle leben wollen. Die Steuener und die Fintenschlager! Kleidenstücke und Emporen waren bis auf den letzten Platz belegt gewesen.
Pastor Wachmann hatte seine Predigt beendet gehabt, die Brautleute zusammengeführt, ihre Ringe gewechselt und den Segen gesprochen. Wie bei jeder Trauung.
Dann hatte Pastor Wohrhardt den Hellenischen Choral gespielt. „Wo du hingehst, da will ich auch hingehen.“ — Auch wie bei jeder Trauung.
Dann aber war etwas eingetreten, dessen je erlebt zu haben, sich niemand entsann.
Als nämlich der letzte Ton verklungen gewesen war, war Claus Kaden zu Grete getreten und hatte ihr glückwünschend die Hand gefaßt.
Wie ein richtiger kleiner Kavallerier.
Und Grete hatte den Jungen in die Arme genommen, an die Brust gedrückt und war — wie ein Flamme verhaucht — bemüht an den Schulden des Altars zusammengelungen.
Man hatte sie nach Hause tragen müssen.
Das war ihre Hochzeit gewesen.
Als Pastor Wohrhardt sich nur noch allein in der Kirche befunden hatte, hatte er nochmals die Register seiner Orgel gezogen und ganz leise das Heineche Lied gelungen, das von Schumann vertont war:
Der Jüngling liebt ein Mädchen,
Das hat einen andern erwidert.
Der andere liebt eine andre,
Und hat sich mit dieser vernünftigt.
Das Mädchen nimmt aus Herger
Den ersten besten Mann,
Der ihr in den Weg gelaufen.
Der Jüngling ist über d'ran.
Es ist eine alte Geschichte,
Doch bleibt sie immer neu,
Und wenn sie fast pafferet,
Denn kriecht das Herz entzwei.
Und der Bräutigam steht Red. Der nicht der Klügler war in Großtaunau, hatte am dem Feinm. um den Rektor gelagt:
„Der hat's auch das Herz gebrochen, der Grete! Denken Sie nicht allweil wie ich, Herr Rektor?“
Und der Rektor hatte sich recht gegeben. — —
Run war Grete Kerst schon seit zehn Jahren Frau Wetter.
1.
„Offen und ehrlich, mein lieber Junge — feig bist du! Nichts weiter als feig.“ sagte Friedrich Karl Göhr, der Herr

von Fintenschlag, zu seinem Sohne Claus Kaden, der der ersten Ehe seiner Mutter entkamme und ziemlich betreten dem alten Herrn ins Gesicht sah.
Claus Kaden studierte in Berlin und hatte schon — wie man das zweifelsfrei immer erst wenige Stunden vor der Abreise tut — Schulden und andere unerfreuliche Dinge geerbt. Nicht das letztere. Schon oft!
„Nimmer hatte der Erste, der ihm wie ein leblicher Vater war, in den Beutel gegeben und schweigend bezahlt. Heute ausnahmsweise aber nicht.“
Die Weisheit Claus Kadens hatten regelmäßig mit der Verführung geendet: „Es soll nicht wieder vorkommen.“ Und als er auch heute wieder diese Verführung gegeben hatte, waren die gefährlichen Fäden auf der Seite des Vaters erschienen und jene Werte geflohen, die den Jungen aufblenden ließen.
„Feig? Du urteilst hart.“, sagte er noch peiniglich Schwegen.
Göhr neigte zweifelnd den Kopf zur Seite und sah seinen Jungen an. „Dann fand er plötzlich auf, legte ihm den Arm um die Schulter und schob ihn zur Tür.
Er lagte:
„Feig sind alle diejenigen, die dem Erkenntnis nicht gerade entgegengehen, sondern in Angst und Bangen um das Erkenntnis herumzischen. Das überlebt dir mal, mein Sohn.“
Dann krümmte er ihn sanft über die Schwelle und schloß die Tür.
Im Garten unterm Ruchbaum, da, wo sein Vater als Recht so oft gelehrt hatte, sah Claus Kaden und dachte nach über die harten Worte „meines alten Herrn.“
Er empfand, daß sie gutgemeint waren. Das hinter den Schmerz über die Erkenntnis ihrer Nichtigkeit. Aber wenn auch, es blieb doch von diesem Wehgefühl ein bitteres Resten zurück.
Erkanntes Unrecht und erkannte Schwäche können nicht ausgesprochen werden. Nach zehn Jahren und Jahrzehnten verurteilt das Erinnern wehe Stunden.
Claus hatte die Hände zu fassen. Nicht vor Mut, aber aus Scham.
Zehnmal schon hatte er dem Vater versprochen, sich ihnen zu wehren, den Weisheit zu beschämen, selbstübend den Freunden gegenüber, ernstlich zu arbeiten und der kleinen Gült zu entlagen, die die Tochter seiner Wittin war.
Das Festbleiben glückte manchmal, das Arbeiten auch, das Entlagen aber war gar zu schwer. Das brachte er nicht fertig.
(Fortsetzung folgt.)

In der heutigen Nummer beginnt unser neuer Roman



Gohr, der Herr

Roman von Arno Franz

URHEBER-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA.

Öffentliche Steuermahnung.

Die am 15. ds. Mts. für den Monat Januar 1929 fällig gewordenen Steuern und zwar: Grund-, Stommunal- und Gutszinssteuern, sind nunmehr spätestens bis zum 31. ds. Mts. an die Stadtkassiererei zu entrichten.

Eine Befreiung von Mahngeldern findet nicht statt. Bei Nichtzahlung bis zum angegebenen Tage wird der entstandene Schuldbetrag gegebenenfalls im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen werden.

Nebra a. U., den 25. Januar 1929.

Die Stadtkassiererei.
Der Magistrat.

Wird veröffentlicht.

Für die uns zu unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeit lagern wir hierdurch herzlichsten Dank.

Robert Friedrich und Frau
Marta geb. Bischoff.

Nebra, im Januar 1929.

Operettenfahrt nach Erfurt

Sonntag, den 3. März

„Der Zigeunerbaron“

Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.

Einzeichnungslisten liegen aus bei Herrn Gutsmuths.

Der Teilnehmerpreis beträgt ab Nebra RM. 5,60 ausschl. Taxibuch.

Schluss der Meldung: Sonntag, den 3. Februar. Textbücher sind zum Preise von 60 Pfg. zu haben.

Der Vorstand der Volksbühne Artern e. V.

Im Schützenhaus

Sonntag, den 27. Januar, abends 8 Uhr

„Schützenhaus“-Kaffeekränzchen.

Mustikallsche Unterhaltung.

Um zahlreichem Besuch bitten

Der Schützenhauswirt: H. Sanda und Frau.

VORANZEIGE

Freitag, d. 1. Febr.: Groß-Schlachtfest

Gasthof Zur Sorge • Nebra •

Am Sonntag, den 27. Januar, von abends 7 1/2 Uhr ab

Eröffnungs-Ball

Hierzu ladet ergebenst ein
Gastwirt Bernsdien.

Voranzeige: Am Sonntag, den 3. Februar großer Preis-Skat.



Weisses Ross

Sonntag,
den 27. Januar
nachmittags 2 1/2 Uhr:

Grosser Preisskat

Um rege Beteiligung bitten

Else Röllig.

Großer öffentl. Volksmaskenball

am 27. Januar 1929

von abends
7.30 Uhr an

in

Preuß. Hof zu Nebra.

Es ladet freundlichst ein

F. Rönicke

Kleinwangen

Sonntag, den 27. Januar 1929

Grosser MASKENBALL

wozu freundlichst eingeladen wird.

Fürchten Sie sich noch vor der grossen Wäsche?



Ich nicht mehr.

Ich habe ja eine „Miele“!

In den einschlägigen Geschäften zu haben.

Auf Wunsch bequeme Rotenztüngen.

Mielewerke A.-G., Gütersloh W.

Verkaufe von jetzt ab ständig bei Dachdeckermeister Robert Wauer in Nebra:

prima Rohfleisch und Würstwaren sowie ff. Brühwürstchen. Arndt.

Drucksachen

aller Art in moderner Ausführung liefert prompt und gut

Buchdruckerei Wilh. Sauer, Roßleben

Heute vormittag 11 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante

Wwe. Berta Hissbach
geb. Weidig

im 88. Lebensjahr.

Nebra, den 25. Januar 1929.

Dies zeigt im Namen der Hinterbliebenen an

Richard Hissbach und Frau.

Die Beerdigung findet Montag nachmittag 3 Uhr statt.

Am 28. ds. Mts. beginnt meine

WEISSE WOCHE

Es wird Ihnen Gelegenheit gegeben, Ihren Bedarf an

Bett-, Tisch-, Bade-, Küchen-,
Damen-, Herren- und Kinder-Wäsche

äußerst preiswert einzukaufen • Die Innendekoration meiner Geschäftsräume bitte ohne Kaufzwang zu besichtigen.

Friedrich Krey

Inh.:

Emil Krey

Nebra a. U.

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erfcheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mfr.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Rochleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Rochleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 24/25.

Fernsprecher: Amt Rochleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamtlet 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Aetern.

Nr. 12

Sonnabend, den 26. Januar 1929

42. Jahrgang

Politischer Wochenpiegel.

Parlamentsbeginn. — Auseinanderlegung über das Steuerbudget. — Keine Erhöhung der Umsatzsteuer. — Krisenordnung der Reichstagsparteien. — Koalitionsverhandlungen. — Die Sachverständigen ernannt. — Das Chaos in Afghanistan.

Die verfloßene Woche erhielt ihr Gepräge durch die Vorbereitungen zum Wiederzusammentritt des Reichstags, der nunmehr am 24. seine Arbeiten wieder aufgenommen hat. Diese Arbeiten werden selbst ihrerseits wiederum zunächst völlig im Zeichen der Clausula s. p. r. stehen, die sich im Anschluß an die Befragung des Reichshaushaltsvoranschlags durch den Finanzminister Hilsberg entwickeln wird. Die besondere Art, in der dieser Voranschlag angepaßt ist, in dem das Kabinett zu erwarten scheint, daß die Klagen für die Schwierigkeiten sich erst aus dem Schoße des Plenums heraus ergeben werden, läßt natürlich den Parteien einen großen Teil nicht nur der wirklich schöpferischen Überwindung zur Behebung der Schwierigkeiten, sondern vor allen Dingen auch der Verantwortung.

Es ist bekannt, daß der Finanzminister ein ursprüngliches Defizit von 850 Millionen zu bewältigen hatte, das dann auf etwa 650 Millionen zusammengeschnitten ist, und daß er einen großen Teil der aufzubringenden Gelder neuen Steuern oder der Erhöhung bestehender Steuern entnehmen will, wenigstens die Hälfte auf der Ausgabenseite nicht ganz festliegend, obwohl sie natürlich, insofern angeht die vorliegenden Verhältnisse als auch besonders gegenüber den Forderungen der Allgemeinheit, viel zu geringfügig sind.

Welche der vorgeschlagenen neuen Steuern nun endgültige Taxae werden dürfen, steht noch in feiner Weite fest. Es kann nur bisher konstatiert werden, daß sich zu ziemlich bei allen Parteien des Reichstags die deriprux dagegen erhoben hat, daß die vorgeschlagene Erhöhung der Biersteuer durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer, die von gewisser Seite angeregt worden war, ersetzt werde. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer wird recht allgemein als vollkommen undstatabel angesehen. Damit ist allerdings noch nicht gesagt, daß man die Biersteuer in ihrer erhöhten Form beibehalten werden wird. Ganz im Gegenteil ist im Hinblick auf diesen Punkt des Haushaltsvoranschlags eine sehr unerwünschte Krisenordnung der Reichstagsparteien aufgetaucht, obwohl diese sich bei früherer Gelegenheit mit der Eventualität einer Erhöhung der Biersteuer schon einmal einverstanden erklärt hatte.

Die große Befürchtung, die man fast allseits im Reichstage hegt, ist, daß ein großer Teil der vorgesehene Steuern, so auch die Biersteuer, sich im Grunde genommen doch wieder auf dem Rücken der breiten Masse abladen werden, so daß die unerträgliche Belastung des sowieso schon schwer leidenden und übermäßig herangezogenen Mittelstandes und der Kleinverdiener Formen annehmen müßte, die als völlig unzulässig bezeichnet werden müssen.

Wenn so vorläufig, abgesehen von einzelnen negativen Punkten, zwischen den Parteien des Reichstags bezüglich der kommenden Steuergebung und der Ausgestaltung des bisher alles andere als angenehm duftenden Steuerbudgets noch keine Einigkeit besteht, so hat man trotzdem es nicht verabsäumt, die Unterhaltungen über die große Koalition wieder aufzunehmen. Die Meldungen, wonach diese Verhandlungen endgültig aufgegeben worden seien, haben demnach nicht den Tatsachen entsprochen. Vielmehr ist die Zustimmung des Reichstagsamts mit den Parteien unmittelbar bei Wiederzusammentritt des Parlaments, wenigstens in looser Form, wieder aufgenommen worden. Man kann nicht gerade behaupten, daß die Aussichten für die große Koalition besonders günstig wären, bevor nicht über die Staatsfragen, wenigstens in großen Zügen, eine grundsätzliche Einigung herbeigeführt ist. Denn es wäre kein erquicklicher Zustand, daß Parteien, die sich eben erst unter Schwierigkeiten zu einer parlamentarischen Koalition zusammengefunden haben, bei den wichtigsten Teil der Reichstagsarbeit, nämlich der Etatsberatung, sofort wieder auseinanderfallen.

Auch in Preußen sind im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen des Preussischen Landtags die Staatsnöte in schärferer Form wieder aufgetreten. Es werden sehr harte Zweifel daran geäußert, daß es möglich sein wird, wie beabsichtigt, die Durchberatung des Etats bis zum 31. März zu beenden. Sollte dies nicht möglich sein, so wäre mit der nicht befriedigenden Erfüllung der Voraussetzungen



Etatsberatung
itt
rit
ber
n
g
und
Be
bede
da
S
e
mit
er
n
sich
ha
H
d
we
e
s
i
zum
e
h
die
ver

Die Koalitions-Verhandlungen.

Vorerst nur „unverbindlich“.

— Berlin, 25. Januar.

Nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags haben sich die Erörterungen der Koalitionsfrage eine höhere Bedeutung gewonnen. Der Reichstagsler hatte im Laufe des Donnerstagsabend verschiedene Besprechungen mit einigen Fraktionsführern, denen aber nur eine unverbindliche Bedeutung zukam, da man erst den Ausgang der Sitzung der Zentrumskonferenz abwarten will, die heute stattfindet und in der der Fraktionsvorsitz gewiß werden soll. Gestern tagten die Fraktionen der Demokraten und der Deutschen Volkspartei, die sich hauptsächlich mit den neuen Steuerentwürfen beschäftigten. In der offiziellen Mitteilung, die die Demokraten über ihre Sitzung veröffentlichten, wird die Notwendigkeit von Ersparnissen betont. Ferner wird Wert auf eine Zusammenarbeit der Mehrheitsparteien gelegt. Die Deutsche Volkspartei bejahte sich, wie man erzählt, u. a. besonders mit der Befestigung des Gattenseres. In parlamentarischen Kreisen glaubt man nicht mehr, daß die Biersteuer ein Krisenpunkt für das Kabinett werden könne, wenn man auch nicht verheißt, daß die Biersteuerfrage außer Schwierigkeit zu lösen sein wird.

Reichstagsarbeit begonnen.

Einführung des kommunalpolitischen Ausschusses. — Dr. Hilsberg über die Wariatsbeamten.

— Berlin, 25. Januar.

Der Reichstag nahm gestern nachmittag um drei Uhr seine durch die Weihnachtspause unterbrochene Arbeit wieder auf. Reichstagspräsident Böhle begrüßte die Abgeordneten zur ersten Sitzung im neuen Jahre.

Zunächst wurde der Einführung eines kommunalpolitischen Ausschusses des Reichstages zugestimmt. Nachdem man einer sofortigen Beipassung verschiedener kommunalpolitischer Interpellationen widersprochen hatte, begann man die Beratung des Gesetzentwurfes über die Veränderung der Reichsverhältnisse der Wariatsbeamten.

Reichsfinanzminister Dr. Hilsberg, dessen Rede vom ersten Male durch die neue Lautsprecheranlage verstärkt wurde, begründete die Vorlage. Er wies darauf hin, daß die Frage der Wariatsbeamten überhaupt erst in der Nachkriegszeit entstanden sei. Ingesamt rechnet man gegenwärtig mit

rund 38 000 Reichsbeamten im Reichsland.

Ansatzpunkt für den Entwurf sei, daß dem Interesse des Reiches und der Wariatsbeamten am besten gedient werde, wenn die Wariatsbeamten in möglichst großer Maße wieder zum Dienst herangezogen werden. Der Entwurf wolle dies nach Möglichkeit erleichtern. Allerdings sei das nicht möglich gewesen ohne einen

Eingriff in die wohlverworbenen Rechte der Beamten, da sich ein Teil der Wariatsbeamten der Wiederverwendung im Reichsdienst entzieht. Der Entwurf erstreckt

daneben eine Verringerung der Zahl der Wariatsbeamten. Der Weg einer allgemeinen Zusammenfassung der Wariatsbeamten ist nicht beschritten. Es sollen zunächst die älteren Wariatsbeamten und diejenigen, die eine Wiederverwendung im Dienst nicht anstreben, durch gewisse Vergünstigungen veranlaßt werden, sich freiwillig pensionieren zu lassen. Außerdem ist für Wariatsbeamten eine Altersgrenze beim 60. Lebensjahre vorgezogen. Die Wariatsbeamten, die nicht im Reichs- oder Landesdienst verbracht worden ist, soll zur Hälfte angerechnet werden. Die volle Anrechnung ist aus finanziellen Gründen nicht möglich.

Nach kurzer Debatte wurde die Vorlage dem Haushaltsausschuß überwiesen. Das Haus vertrat sich auf Freitag 2 Uhr: Steuervereinfachungs- und Steuerüberleitungsengesetz. Der „Chor“ auf der Tribüne.

Ein kommunalpolitischer Antrag, Anträge zur Erwerbslosenfürsorge auf die Tagesordnung der Freitagssitzung zu setzen, wurde abgelehnt. Darauf erhoben sich auf den Bestimmungstribünen zahlreiche Arbeitslose, die dort versammelt waren, und schrien im Chor, begleitet von dem Beifallsstillsitzen der kommunalpolitischen Abgeordneten im Saale: „Wir Arbeitslosen fordern Arbeit und Brot!“

Wer übernimmt den Vorkiss?

America gegen die Wahl Youngs. — Rückkehr Parke Gilberts. — Poincaré schweigt.

— Paris, 23. Januar.

Freund stellte im Verlaufe seiner Unterhaltung mit den französischen Delegierten für den Sachverständigen-Ausschuß fest, daß er mit der französischen Abordnung ganz übereinstimme, die mit dem Vertrauen der Regierung in den Ausschluß einträte. In amerikanischen amtlichen Kreisen wurde sich ein gewisser Widerstand gegen die Wählung der europäischen Sachverständigen bemerkbar, Young den Vorkiss im Ausschluß anzulegen, da man in Amerika meint, die öffentliche Meinung in Europa könnte dadurch zur Herabsetzung gelangen, daß die Vereinigten Staaten eine besondere Verantwortung übernehmen.

Parke Gilbert kehrt am Freitag an Bord der „Paris“ nach Europa zurück und wird voraussichtlich der Reparationskommission Bericht erstatten und sich mit den französischen Mitgliedern des Sachverständigen-Ausschusses über die Möglichkeit der Kommerzialisierung der deutschen Schuld unterhalten.

Der französische Ministerpräsident, der mehrere Male den Standpunkt der französischen Regierung festgehalten hat, daß Frankreich keine Regelung annehme, die nicht seine eigenen Schulden an Amerika und England bede und die nicht eine Spanne für den Zinsen- und Amortisationsdienst der französischen Wiederaufbau-Anleihe lasse, hat sich nach einer Meldung des „Eclair“ amtlich zu der Kommerzialisierung der deutschen Schuld noch nicht geäußert.

Aber es sei klar, so schreibt das Blatt, daß eine Kommerzialisierung von selbst komme, wenn man einen neuen Betrag der deutschen Schuld festsetze, der eine Ermäßigung um zwei Drittel der Ziffer bedeute, die durch den Zahlungsbetrag von London bestimmt geworden sei. Die Kommerzialisierung der Schuld, die den Kredit des Reiches verleihe, sei die einzig wertvolle Garantie, die diejenige der Beträge und der Bestimmungen des Dawes-Planes ersetzen könne.

Senator Borah für Rheinlanddrängung.

„Ein unbedingt notwendiger Schritt.“

— Hamburg, 25. Januar.

Das „Hamburger Fremdenblatt“ veröffentlicht in seiner heutigen Ausgabe eine Unterredung seines Neuorther Berichters mit Senator Borah. Senator Borah bezieht sich darin die sofortige Klärung des Rheinlandes als einen für die Befestigung der Verhältnisse in Europa unbedingt notwendigen Schritt.

Deutschland, so führte Borah u. a. aus, sei Mitglied des Völkerbundes und Signatar des Locarno-Pakt. Deutschland habe den Kellogg-Brand-Pakt gegen den Krieg unterzeichnet und sei abgerufen. Das deutsche Volk würde in Frieden zu leben. Die Befestigung durch die Rheinlandbefestigung mache es für Deutschland nur noch schwieriger, die Reparationslast abzutragen, und schwere daher für die Glaubwürdigkeit der Realisierung ihrer Forderungen. Es liege im Interesse aller Nationen, daß diese Bürde, dieses Uebelthier aus den Kriegstagen hinter uns gebracht werde. Nichts würde in den Vereinigten Staaten eine günstigere Wirkung auf die Besamlinge ausüben als die Lösung dieser Frage.

Die Ausweisung deutscher Ingenieure.

Der Antrag vom schließlichen Sejm nach Warschau überwiesen.

— Warschau, 23. Januar.

Nach dreifachen harten Auseinandersetzungen ist im schließlichen Sejm der von der Regierung eingebrachte Dringlichkeitsantrag, der die Feststellung der Zahl der realschulpflichtigen Ingenieure und Direktoren in